

Anlässlich des 95. Geburtstages von Bruno Kreisky lädt das
Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

zum Festvortrag von

PAAVO LIPPONEN

Präsident des finnischen Parlaments

20 MILLIONEN SUCHEN ARBEIT

und anschließender Podiumsdiskussion mit:

Edith Kitzmantel, Hans Seidel, Agnes Streissler, Ewald Walterskirchen

Moderation:

Armin Thurnher

Donnerstag | 26. Jänner 2006 | 18.00 h

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog | Armbrustergasse 15 | 1190 Wien

Paavo Lipponen, seit 2003 Präsident des finnischen Parlaments. Studium der Sozialwissenschaft (Fachgebiet Internationale Politik) an der Universität Helsinki; postgraduelles Studium in Sozialpsychologie; Studium der amerikanischen Literatur und Philosophie am Dartmouth College. 1963-1967 Journalist; 1967-1979 Sekretär für Forschung und internationale Angelegenheiten sowie Planungsleiter der Sozialdemokratischen Partei Finnlands; 1979-1982 persönlicher Referent des Ministerpräsidenten; 1983 politischer Sekretär des Arbeitsministers; 1988-1995 Geschäftsführer des Verlags Viestintä Teema; 1989-1991 Leiter des Außenpolitischen Instituts; 1985-1995 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Helsinki; 1993-2005 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Finnlands; 1995 Präsident des finnischen Parlaments; 1995-2003 Ministerpräsident.

Edith Kitzmantel, Ökonomin. Studium an der Hochschule für Welthandel und am Institut für Höhere Studien, Wien. 1972-1977 Bundesministerium für Finanzen; 1978-1981 Brookings Institution und Referentin im Internationalen Währungsfonds, Washington; 1982 Privatwirtschaft, Geschäftsführung; 1983-1995 Bundesministerium für Finanzen, stv. Sektionsleiterin; 1995-2004 Europäische Kommission, Generaldirektorin.

Hans Seidel, Wirtschaftswissenschaftler. Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien; 1946-1980 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; 1972-1980 Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung; 1981-1983 Staatssekretär im Finanzministerium; 1984-1991 Direktor des Instituts für Höhere Studien.

Agnes Streissler, Studium an der Universität Wien; 1991 Mag. phil der Geschichte und 1993 Mag. rer. soc. oec. in Volkswirtschaft; 1993-2005 Referentin an der Arbeiterkammer Wien (Wirtschaftswissenschaften und Statistik); seit 2005 Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer Wien.

Ewald Walterskirchen, Ökonom. Studium der Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft in Wien. Seit 1970 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; 1984-1987 und 1993-1996 stv. Direktor; seit 1990 Dozent an der Wirtschaftsuniversität Wien; 1987-1990 Koordinator der Bruno Kreisky Kommission für Beschäftigungsfragen in Europa.

Moderation:

Armin Thurnher, Studium der Anglistik, Germanistik und Theaterwissenschaften in Wien und New York, Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung *Falter*

Eine Zusammenarbeit der Kunsthalle Wien, des Renner Instituts, des SPÖ Klubs, der SPÖ Bildung, des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog, des Bruno Kreisky Archivs und der Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte.

Rudolf Scholten

Ich möchte allen voran Paavo Lipponen begrüßen, der unter nicht ganz einfachen Bedingungen heute hierher gekommen ist, und dafür bin ich sehr dankbar. Herzlich willkommen. Ich begrüße sein österreichisches vis-à-vis in allem Respekt, einen in Höflichkeit ausgedrückt nicht regelmäßigen Gast unseres Hauses, den Präsident des Nationalrates Andreas Khol. Die Botschafterin Finnlands, Kirsti Kauppi, herzlich willkommen. Und ich möchte sehr herzlich willkommen heißen die Teilnehmer unseres

Podiums. Das ist Agnes Streissler, Leiterin der wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer. Edith Kitzmantel, bis vor kurzem Generaldirektorin in der Kommission in Brüssel. Hans Seidel, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstitutes, des Instituts für Höhere Studien, und Staatssekretär im Finanzministerium. Und das ist auch erst ein Teil dessen, was er gemacht und erlebt hat. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, diese Runde zusammenzubringen. Ewald Walterskirchen vom Wirtschaftsforschungsinstitut, der ganz wesentlich an den beschäftigungspolitischen Initiativen von Bruno Kreisky mitgearbeitet hat. Und dies alles moderiert von Armin Thurnher, Herausgeber des *Falter*, der in Arbeitsmarktfragen manchmal auch die Arbeitgeberseite vertritt, aber heute auf seine Moderatorenrolle konzentriert ist. Herzlich willkommen. Und ich begrüße Johanna Dohnal, Ferdinand Lacina und, falls er hier ist, Willibald Pahr. Ich sollte auch Alfred Gusenbauer begrüßen, aber der ist leider verspätet.

Ich denke, dass das Thema Arbeitslosigkeit nicht nur eine Ernsthaftigkeit hat, die es für eine Institution wie unsere selbstverständlich macht, sich damit intensiv zu beschäftigen, sondern auch buchstäblich jede Gelegenheit gut ist, diesen Prioritätenkalender auf der internationalen Diskussion neu zu ordnen. Eine Gesellschaft, die nicht im Stande ist, möglichst allen Arbeit suchenden Menschen eine entsprechende Arbeit anzubieten, riskiert den Verlust jeder sozialen Balance. Einerseits schafft man so einen Nährboden für politische Fehlentwicklungen wie Ausländerfeindlichkeit, generelle Entsolidarisierung oder auch einfach gesellschaftspolitischen Zynismus, wie das wiederholt erlebte Phänomen steigender Aktienkurse nach angekündigten Massenkündigungen. Das heißt letztlich, dass in Folge der Kurssteigerung einige daran Geld verdienen, dass die anderen ihre Arbeit verlieren. Arbeitslosigkeit entzieht einer Gesellschaft das Band der Grundsolidarität. Die Demokratie verliert eine Grundfeste, nämlich zumindest die formelle Gleichberechtigung ihrer Mitglieder, die bei derartigen Ungleichgewichten, wie sie am Arbeitsmarkt entstehen, dann nur mehr am Papier bestehen kann.

Wenn Europa seinen Weg in die weitere Zukunft sucht, der nicht nur in einer etwas schwerfälligeren Fassung einer Kopie des amerikanischen Originals liegen soll, so ist eine aktive, eine kreative und eine überzeugte Arbeitsmarktpolitik als zentrales Politikfeld eine Grundfeste, die auch dem politischen System Europas Identität schaffen kann. Ich denke, dass man ohne Pathos zu den bekannten und bestehenden Zahlen der Arbeitslosigkeit in Europa als soziales Phänomen wohl all jene noch hinzu rechnen muss, die das Ende ihrer beruflichen Aktivzeit zeitlich unfreiwillig erleben, oder vor allem auch all jene, die den Beginn ihrer beruflichen Aktivzeit unfreiwillig zeitlich verschoben erleben, wenn sie überhaupt dann eine Arbeit gefunden haben. Das Ausmaß, in dem heute Jugendliche den Arbeitsmarkt als die große Hürde ihres Erwachsenwerdens empfinden, ist erschreckend hoch. All das kann man nicht ohne den Hintergrund sozialer Betroffenheit nennen, und zugleich muss man sich wohl für die inhaltliche Diskussion einen gewissen pragmatischen oder sachlichen Zugang auch wieder zu Recht legen.

Auf jeden Fall sind wir sehr froh, mit Paavo Lipponen für heute einen Redner gewonnen zu haben, der diesem Thema sich sehr ernsthaft nähert. Ich danke Ihnen allen fürs Kommen.

Paavo Lipponen

Herr Präsident des Kreisky Forums, Rudolf Scholten, Herr Präsident des Nationalrates, Prof. Andreas Khol, Exzellenzen, meine Damen und Herren.

Jeder Mensch erlebt in seinem Leben Aufstieg und Fall. Der Verlust meines Abgeordnetenmandats in den Wahlen 1987 zum finnischen Reichstag war ein schwerer Rückschlag für mich. Zunächst begann ich mit einem Postgraduiertenstudium. Dann bekam ich ein interessantes Angebot: Mitglied zu werden in Bundeskanzler Bruno Kreiskys Kommission für europäische Beschäftigungsfragen. Daraus wurde eine der besten Erfahrungen meines Lebens.

Damals war ich in der sozialdemokratischen Partei Finnlands bereits Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Beschäftigungspolitik gewesen, Mitglied des entsprechenden Parlamentsausschusses sowie Referent des Arbeitsministers. In der Kreisky-Kommission hatte ich Gelegenheit, das Beschäftigungsproblem in

angesehener Gesellschaft zu bearbeiten. Schließlich war ich auch im Arbeitsausschuss der Kommission tätig, die Bruno Kreisky bei seiner Arbeit unterstützte.

Eines der Treffen der Kommission fand in Helsinki im April 1988 statt unter fördernder Mitwirkung des damaligen Konzernchefs von Nokia Herrn Kari Kairamo. Die finnische Regierung unterstützte die Arbeit der Kommission und unser Arbeitsministerium übersetzte den Bericht auf Finnisch.

Bruno Kreisky war auch im Alter eine beeindruckende Persönlichkeit. In den Besprechungen glaubten wir manchmal, dass er eingeschlafen sei, bis er plötzlich die Augen öffnete und ganz à jour zum Gesprächsthema eine scharfsinnige Bemerkung machte. Kreisky war besonders über Jugendarbeitslosigkeit besorgt. Arbeitslosigkeit war für ihn an sich ein großer gesellschaftlicher Missstand. Massenarbeitslosigkeit hatte Europa in die Krise und in den Krieg geführt. Das durfte nicht noch einmal passieren.

Bruno Kreisky erwies mir die unvergessene Ehre, mich zum Mittagessen in seine Residenz einzuladen. Frau Vera Kreisky saß mit uns beim Tafelspitz, der zufälligerweise meine absolute Lieblingspeise ist. Vor dem Essen zeigte mir Bruno Kreisky in seinem Wohnzimmer ein Foto von der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags am 15.5.1955 im Schloss Belvedere. Der junge Staatssekretär Kreisky, ein zentraler Architekt des Vertrags, stand dort in einer langen Reihe von hohen Herren.

"Kreisky – 20 Millionen suchen Arbeit" war der deutschsprachige Name des Kommissionsberichts. In der heutigen EU mit 25 Mitgliedstaaten suchen noch fast genauso viele Menschen Arbeit, nämlich 18,4 Millionen (Eurostat/November 2005). Die Arbeitslosigkeit hält sich in vielen EU-Mitgliedstaaten beharrlich auf hohem Niveau, in der gesamten EU auf 8,5 %, in der auf Eurozone 8,3 % (Eurostat/November 2005) und in Finnland auf 8,4 % (2005).

Als wir am Kreisky-Bericht 1987-88 arbeiteten, war die Arbeitslosigkeit niedriger. In Finnland lag sie bei 5 %, die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 15–64 Jahren sogar bei 77,5 %. Wir konnten nicht ahnen, dass uns eine Rezession bevorstand, in einigen Ländern eine schwere Arbeitslosigkeitskrise. Der Abschwung der westlichen Wirtschaften und der Zusammenbruch des sowjetischen Marktes war ein solcher Doppelschlag, dass Finnland am tiefsten in die Rezession rutschte. Die Arbeitslosigkeit schnellte auf fast 20 % hoch. Allein der Verlust des Außenhandels mit der Sowjetunion kostete 150.000 Arbeitsplätze – in einem Land von knapp fünf Millionen Einwohnern.

Als ich im Jahr 1995 Ministerpräsident wurde, lag die Arbeitslosigkeit noch bei 15–16 %. Der Staat nahm noch 10 Milliarden Euro Schulden auf. Die Kosten der Arbeitslosigkeit, die Bankenkrise sowie der Einbruch der Steuereinnahmen war ein tödlicher Cocktail.

Die Regierung meines Vorgängers Esko Aho hatte gewisse Maßnahmen eingeleitet, wie z.B. die Unternehmenssteuerreform, die Abwertung der Finnmark und die Übernahme der Verschuldung des Privatsektors durch den Staat. Das letztere war nur möglich, da die Staatsverschuldung mit 10 % des Bruttoinlandsprodukts äußerst niedrig lag.

Nur mithilfe einer langfristigen Politik, die sich auf alle Bereiche der Wirtschaftspolitik erstreckte, konnte die Entwicklung nachhaltig umgekehrt werden. Dazu benötigten wir die größte Koalition unserer Nachkriegsgeschichte– von Linksbündnis bis konservativ – sowie eine enge Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Auf dieser Zusammenarbeit beruht das, was heute als finnisches Modell bezeichnet wird.

Es wurden jährlich 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit nahm drastisch ab. Die Realeinkünfte stiegen, die Inflation war im Griff und die Zinsen gingen deutlich zurück. Die Verschuldungsspirale war angehalten.

In Europa bieten sich viele Modelle an, das finnische ist eines davon, ebenso wie das erfolgreiche Modell Österreichs. Wenn ich von dem finnischen Modell spreche, das wir in der zweiten Hälfte 1990er Jahre aufbauten, bin ich gleichzeitig um eine allgemeine Betrachtungsweise bemüht, um Allgemeingültigkeit.

Das finnische Modell zeichnet sich einerseits aus durch Stabilität, andererseits durch Zukunftsinvestitionen und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft.

Der öffentliche Haushalt wurde konsolidiert durch Einschnitte im Staatsbudget bei den Ausgaben und Sozialsystemen. Der Staatshaushalt erwirtschaftete Überschüsse. Der Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt ging zurück, er liegt jetzt bei 40 %. Der Verkauf von Staatsanteilen an öffentlichen Unternehmen trug dazu bei.

In trilateralen Verhandlungen zwischen Staat und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmern konnten hintereinander mehrere zweijährige Tarifabschlüsse vereinbart werden, die die Realeinkünfte ohne Gefährdung für Wettbewerbsfähigkeit und Preisstabilität steigen ließen. Indem die Tarifverträge mit besonnenen Steuersenkungen verbunden wurden, unterstützten sie den Aufwärtstrend der Kaufkraft.

Zur Konsolidierungspolitik gehörte auch der Beitritt zum Europäischen Währungssystem und danach zur Europäischen Währungsunion sowie die Einführung des Euro. Das Zinsniveau nahm deutlich ab und die Zinsschwankungen nahmen ein Ende.

Und die Zukunftsinvestitionen? In Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatsektor steigerten wir die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von 2,2 % auf 3,5 % vom Bruttoinlandsprodukt. Die Ausgaben für Schule und Ausbildung stiegen um 15 % und die Kindertagespflege wurde kräftig ausgebaut.

Der vom High-Tech-Sektor angetriebene Aufschwung der Weltwirtschaft war der Motor des finnischen Wirtschaftswachstums Ende der 1990er Jahre. Wir konnten überdurchschnittlich profitieren, da wir die Grundlage der Industrie, vor allem die Produktivität, gestärkt hatten, und mit der Informationstechnologie eine neue Speerspitze geschaffen war.

Die wichtigsten Bedingungen für das auf den IT-Boom gestützte Wachstum war einerseits der allgemein hohe Ausbildungsgrad (Finnland steht an der Spitze der internationalen PISA-Vergleiche), andererseits ein effizientes Innovationssystem. Funktionierende Märkte waren ein ebenso wichtiger Faktor, der zu besseren Ergebnissen zwang und Expansionsmöglichkeiten schuf.

Das Innovationssystem funktioniert dann, wenn alle Beteiligten – staatliche Behörden, Unternehmen, Forschungseinrichtungen – in enger Zusammenarbeit miteinander stehen und transparente Prozesse einführen. Finnland gehört im Innovationsindex der Kommission zu einer deutlich vorangeschrittenen Spitzengruppe und positioniert sich gleich hinter Schweden und der Schweiz, aber noch vor Japan, Dänemark, den USA und Deutschland. Die USA und Japan haben dennoch deutlichen Vorsprung vor der EU-25, es wird von Innovationskluft gesprochen.

Europa leidet unter mangelnder Dynamik. Die Bevölkerung der USA wächst sowohl aufgrund von Einwanderung als auch aufgrund der Geburtenrate. Nach Schätzungen wird der Anteil Europas an der Weltbevölkerung in hundert Jahren von 12 % (1950) auf 7 % (2050) zurückgehen. Seit den 1970er Jahren sind in den USA 57 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden, in Europa nur 4 Millionen. Nur wenig gut ausgebildete Arbeitskräfte ziehen nach Europa, und die einheimische Bevölkerung steht ihnen oft ablehnend gegenüber. Demgegenüber wohnen 400.000 Absolventen europäischer Hochschulen aus Wissenschaft und Technologie in den USA, und die Auswanderung hält an.

Ziel der Lissabon-Strategie ist es, bei der Wettbewerbsfähigkeit die USA bis zum Jahr 2010 einzuholen. Schon jetzt kann festgestellt werden, dass das Ziel nicht erreicht werden kann. Hauptsache ist jedoch, dass die gemeinsamen Probleme in Europa erkannt werden und die Zusammenarbeit zu ihrer Lösung vertieft wird. Als Ratsvorsitzender wird Österreich auf dem EU-Gipfel im März Vorschläge zur Wiederbelebung der Lissabon-Strategie machen.

Die Beschäftigungsfrage ist des Pudels Kern. Europas Bevölkerung geht zurück. Die Bevölkerungsstruktur Finnlands wird 2030 Europas älteste sein. Die Probleme der öffentlichen Haushalte werden sich zuspitzen, die Haushalte der zentralen EU-Staaten sind noch immer stark defizitär, der

Verschuldungsgrad weiterhin hoch. Die Zukunft des gesamten europäischen Modells, des Wohlfahrtsstaats, steht auf dem Spiel.

In vielen EU-Ländern leben wir in einem Teufelskreis. Wenn ein zu kleiner Anteil der Bevölkerung arbeiten geht, reichen die Steuereinnahmen nicht aus, um öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren. Steuererhöhungen würden nur das Wirtschaftswachstum bremsen. Es besteht die Gefahr ständiger tiefer Einschnitte in Sozialsysteme und -ausgaben.

Einwanderung kann die Zahl der arbeitenden Bevölkerung erhöhen, aber Einwanderer werden diskriminiert und ihre Beschäftigungsquote in Europa ist niedrig. Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit der Stammbevölkerung erschwert die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Dieses Phänomen beobachten wir in Finnland schon jetzt.

Die Konsequenz des ganzen ist klar. In Europa muss im Sinne der Lissabon-Strategie die Beschäftigungsquote deutlich höher als heute liegen. Die Kommission zur Zukunft des dänischen Wohlfahrtsstaats schlägt dies ebenfalls vor – für ein Land, in dem die Beschäftigungsquote mit 76 % Europas Spitzenreiter ist.

Die Menschen müssen früher in Ausbildung und früher aus der Ausbildung auf den Arbeitsmarkt. Am Arbeitsplatz müssen die Fehlstunden reduziert werden. Die Rente können wir erst später als heute genießen.

Frauen sind in ganz Europa eine gewaltige Arbeitskraftreserve. Die Weiterentwicklung der Kindertagespflege und die Übernahme der Kinderbetreuungskosten sind unbedingte Voraussetzungen für die Verbesserung der Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

In Finnland werden bereits Reformen zur Steigerung der Beschäftigungsquote auf allen diesen Feldern durchgeführt. Der Fortschritt könnte bei uns schneller sein, in vielen anderen Ländern ist er aber noch viel langsamer. Ein Politik- und Arbeitsmarktkonsens ist unbedingt erforderlich in den Ländern mit den größten Beschäftigungsschwierigkeiten.

Wirtschaftliche Stabilität hat große Bedeutung für die Beschäftigung. In Finnland hat die Belastbarkeit des öffentlichen Haushalts und der Sozialversicherungssysteme zusammen mit Zinsstabilität das Vertrauen der Verbraucher erheblich gestärkt. Als die Exportnachfrage Anfang 2000 abnahm und die Globalisierung die Beschäftigungsaussichten der Industrie verschlechterte, hielt die Konsumnachfrage die Beschäftigungsquote oben. Diese positive Spirale muss in Deutschland unbedingt in Gang kommen, damit das Land wieder nachhaltiges Wachstum erzielt.

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind wir in vielen Ländern gut fortgeschritten. In Finnland werden Servicezentren gegründet, bei denen insbesondere Langzeitarbeitslose eine individuelle Beurteilung ihrer Situation einschließlich einer Gesundheitsuntersuchung erhalten. Jeder bekommt eine maßgeschneiderte Lösung, die auch Arbeitsunfähigkeitsrente heißen kann.

Die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung werden in vielen Ländern verbessert. Eine Senkung der Einkommensteuer kann Beschäftigung steigern, aber zugleich muss für eine breite und undurchlässige Besteuerungsgrundlage gesorgt sein.

Wie könnte eine europäische Beschäftigungspolitik aussehen? Im Bericht der Kreisky-Kommission wird eine Vertiefung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zusammenarbeit gefordert. Mit Verwirklichung des Binnenmarkts und der Einführung des Euro ist dies noch dringender geworden. Die Lissabon-Strategie ist das bisher ehrgeizigste gemeinsame Projekt dieser Art.

Bei der Verwirklichung der Lissabon-Strategie liegt die Umsetzung bei den Mitgliedstaaten. Als zunächst eine weit gehende Koordinierung auf EU-Ebene angestrebt wurde, kam es zu unrealistischen Erwartungen. Die Folge war Frustration und ein Umschwung in die Gegenrichtung. Die Lissabon-Strategie verwässert zu einer Zusammenfassung sehr unterschiedlicher nationaler Strategien, so dass die EU-Kommission den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen muss.

Jetzt müssten unbedingt solche Reformen bestimmt werden, die europäischen Mehrwert schaffen und durch europaweite und globale Reflektionswirkungen neue Möglichkeiten schaffen. Es geht dabei um höheres Wachstum, höhere Produktivität und höhere Beschäftigung. Bei der Lissabon-Strategie müssen wir uns auf die wichtigsten Reformen konzentrieren.

Die Investitionen in Forschung und Entwicklung müssen gesteigert und ihre Wirksamkeit in den Mitgliedstaaten verbessert werden, insbesondere die Diffusion von Wissen in Produktion.

Die europäischen Märkte für Waren und Produktionsfaktoren sind noch zu zersplittert. Die Integration des Finanz- und Kapitalmarktes kommt nicht richtig voran. Die Produktivität des Dienstleistungssektors ist deutlich niedriger als in den USA. Wir müssen bei der Dienstleistungsrichtlinie zu einer Lösung kommen. Die Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen Europas ist eine aktuelle Herausforderung. Die Steigerung der Qualifikation der Arbeitskräfte insgesamt und insbesondere der schlechter Ausgebildeten benötigt mehr Aufmerksamkeit.

Der Bericht von Bruno Kreiskys Kommission für europäische Beschäftigungsfragen ist im Lichte der Herausforderungen der heutigen Zeit aktueller denn je. Er erkennt die Bedeutung des Binnenmarktes, aber fordert eine kräftige, wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik. Eine trilaterale Zusammenarbeit zwischen dem Staat und beiden Tarifpartnern hält der Bericht für unbedingt erforderlich.

Der Kreisky-Bericht mahnt Investitionen in Technologie und Innovation an. Er betont die Beschäftigungseffekte von Umweltschutzpolitik. Kultur und Bildung wird besondere Aufmerksamkeit zuteil: "*Kultur- und Bildungsprogramme (...) stimulieren (...) eine offene Geisteshaltung, Experimentierfreude und Phantasie.*" Eine kreative Wirtschaft ist am erfolgreichsten.

Jacques Delors hat vor langer Zeit gewarnt, dass sich die Bürger gegen Europa wenden, wenn es bei der Umsetzung von Binnenmarkt und Euro nicht gelingt, die Massenarbeitslosigkeit zu besiegen. Laut Kreiskys Bericht kann Arbeitslosigkeit "*zur Destabilisierung der europäischen Politik führen*". Und so ist es gekommen: die ablehnende Haltung gegenüber einer Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der Union und gegenüber der Erweiterung liegt in erster Linie an Frustration durch schlechte Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung.

Die Schlussfolgerungen liegen auf der Hand: da wir wissen, was getan werden muss, lasst es uns tun! Es gibt keinen Mangel an guten Erklärungen, sondern an Willen und Entschlusskraft, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Das große Erbe Bruno Kreiskys verpflichtet uns. Ich bin sehr froh über Ihre Einladung und über diese Veranstaltung, die auf eine Fortsetzung entsprechender Arbeit hoffen lässt.

Ich bedanke mich herzlich beim Bruno-Kreisky-Forum. Zugleich danke ich besonders Herrn Ewald Walterskirchen, der zu den klügsten Menschen zählt, die ich kenne, Herrn Friedrich Klocker, Frau Susanna Bokor und unbedingt Frau Margit Schmidt für die hervorragende Zusammenarbeit!

Armin Thurnher

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf Sie auch an dieser Stelle begrüßen. Das Panel ist schon vorgestellt. Paavo Lipponen hat sich trotz seiner angegriffenen Stimme bereit erklärt, mitzudiskutieren. Auch das Thema braucht nicht extra vorgestellt zu werden. Es wurde auch erwähnt, dass ich als Nichtökonom hier nominiert worden bin. Eine ökonomische Funktion habe ich schon, nämlich zu schauen, dass die Zeit nicht überschritten wird, also die Zeitökonomie einzuhalten. Die Veranstalterinnen haben das Limit auf eine Stunde angesetzt. Und deswegen bitte ich auch um Verständnis, dass es keine Publikumsbeteiligung geben wird, weil die Damen und Herren auf dem Podium mit Kurzstatements zum Thema sprechen werden.

Mich bewegen in dem Zusammenhang – auch das sage ich im Sinne der Zeitökonomie nur ganz kurz – zwei Fragen als Nichtökonom. Offensichtlich hat ja in den letzten zwanzig Jahren ein großer Paradigmenwechsel stattgefunden, wie man dem Thema Arbeitslosigkeit gegenüber tritt. Das könnte man mit Schlagworten wie Sieg des Neoliberalismus oder Sieg der Globalisierung beschreiben. Wie auch immer, kommt es mir doch sehr merkwürdig vor, dass man nicht ganz genau den Finger drauflegen kann, wann und wo dieser Paradigmenwechsel genau passiert ist. Jeder hat den berühmten Satz von Bruno Kreisky noch im Hinterkopf. Ihm sind ein paar Milliarden Schulden egal im Vergleich zu ein paar tausend Arbeitslosen. So etwas war damals, als es gesagt wurde, relativ selbstverständlich. Heute glaube ich, dass es keineswegs selbstverständlich ist. Das ist die eine Frage, die sich mir stellt. Wenn man diesen Paradigmenwechsel aber nicht genau festlegen kann, oder festlegen kann, wann er passiert ist, dann stellt sich die nächste Frage, ob die Doktrinen der Kreisky-Zeit wirklich so abgelaufen sind, wie das heute allgemein auch wieder vorausgesetzt wird. Zumindest den Bericht der Kreisky Kommission hat Herr Lipponen am Schluss seines Referats noch als allgemein gültig hingestellt. Ich finde, das wären zwei Dinge, über die man diskutieren könnte, aber sicher nicht die einzigen.

Ich möchte mit Frau Kitzmantel beginnen. Nachdem es auch um europäische Fragen geht, würden wir natürlich gern wissen, was die EU bei all diesen Prozessen tatsächlich für eine Rolle spielt. Wenn es mehr Beschäftigte nicht ohne mehr Wachstum gibt, ist es dann richtig, wenn man sagt, dass dann die Stabilitätskriterien der EU das Wachstum zum Teil begrenzen oder man könnte zumindest – ich sehe schon an ihrem Lächeln, dass dieses Vorurteil ein populäres ist -, wenn man ihm folgt, doch sagen, im Grunde genommen ist natürlich die EU schuld an steigender Arbeitslosigkeit, weil sie eben auf ihren Stabilitätskriterien beharrt. Ist das so?

Edith Kitzmantel

Ich gehe gerne auf diese Frage ein, möchte sie aber mit Ihrem Einverständnis in einen breiteren wirtschaftspolitischen Zusammenhang stellen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürger wünschen sich von der EU nichts mehr als soziale und wirtschaftliche Sicherheit.

Geht dieser Wunsch überhaupt an die richtige Adresse? Ich meine ja. Zwar weisen EU-Vertreter zu Recht darauf hin, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Sache der Mitgliedsstaaten seien. Doch ist eine ganze Reihe anderer Politiken, die auf die Beschäftigung eine sehr direkte Auswirkung haben, EU-relevant. Ich denke dabei vor allem an die Geld- und Währungspolitik, die Budgetpolitik, die Strukturpolitik im weiten Sinn (also Regulierung von Gütermärkten, Dienstleistungsmärkten, Kapitalmärkten und der Freizügigkeit der Arbeit), an die Handelspolitik sowie an Erweiterungen.

Stellt sich als zweite Frage, ob dieser Wunsch auch erfüllbar ist. Hier ist die Antwort etwas komplizierter. Ich beschränke mich an dieser Stelle auf die Feststellung, dass er in der derzeitigen Situation jedenfalls sehr, sehr anspruchsvoll ist.

Ich glaube, es ist legitim zu sagen, dass seit etwa 1993 das Beschäftigungsthema auch auf EU-Ebene sehr ernst genommen wird. Seit 1997 gibt es eine offizielle „europäische Beschäftigungsstrategie“ und einen eigenen Titel „Beschäftigung“ im Gründungsvertrag. Die jetzige Kommission hat Wachstum und Beschäftigung sogar zu ihrer ersten Priorität erklärt. Und die Unruhen von Jugendlichen in Frankreich im Vorjahr haben dieses Gefühl der Dringlichkeit sicher nicht vermindert.

2000 wurde die europäische Beschäftigungsstrategie in die sogenannte „Lissabon-Strategie“ integriert. Letztere hat unter anderem das ehrgeizige Ziel, das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf 3 % zu beschleunigen. Dieses Wachstumstempo soll einerseits erlauben, wieder zur Vollbeschäftigung zurückzukehren und andererseits den Sozialstaat auf gewünschtem Niveau zu finanzieren.

Bei der Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie für die Periode 2000-2004 wurden allerdings große Umsetzungsdefizite festgestellt. Für die Beschäftigungsstrategie kam die Kommission zu dem Schluß, daß sich die meisten Indikatoren zu wenig oder garnicht verbessert hatten. 2005 wurde daher ein neuer Anlauf genommen, mit wesentlich stringenteren Verfahrensabläufen, wenn auch weiterhin ohne Sanktionen. Anhand einigermaßen detaillierter gemeinsamer Leitlinien, die auch eine Reihe quantitativer Ziele und Indikatoren vorgeben, werden nun jährliche Gesamtberichte vorgelegt. Diese stellen erfolgte und beabsichtigte Reformen für einen Dreijahreszeitraum dar. Ich glaube, es ist keine Übertreibung zu sagen, dass sich die Mitgliedsstaaten noch nie in Dingen, die eigentlich primär sie selber angehen, gemeinsam mit den EU-Institutionen einer so umfassenden Strategie verschrieben haben und sich so über die Schulter haben schauen lassen. Gestern hat der Kommissionspräsident seine Bewertung der ersten Berichtsrunde vorgestellt. Er erklärt sich im wesentlichen zufrieden, schlägt aber vor, einige weitere Reformmaßnahmen als bindend zu erklären. „Flexicurity“, die geeignete Kombination von Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarktes und zur sozialen Absicherung, soll Gegenstand eines speziellen Sozialgipfels sein.

Beobachter sind sich einig, dass seit 1997 die Arbeitsmärkte wirtschaftlich bereits besser reagieren: Mehr Wachstum setzt sich stärker als früher in Beschäftigung und weniger stark als früher in Inflation um. Ursache dieses erfreulichen Ergebnisses ist allerdings wohl eher der anhaltend starke Druck auf dem Arbeitsmarkt als die europäische Beschäftigungsstrategie. Ihr hauptsächlicher Mehrwert dürfte darin liegen, die Analyse verbessert und die Debatte intelligenter gemacht zu haben. Drei Beispiele: Statt nur Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, versucht man auch, mehr Menschen in die Erwerbstätigkeit zu ziehen; die sozialen Sicherungssysteme werden systematischer auf ihre beiden wesentlichen Eigenschaften untersucht, nämlich Gerechtigkeit einerseits (also ihre Verteilungswirkung) und Effizienz andererseits (also ihre Eignung, Personen wieder in die Beschäftigung zu bringen); und typische Lebenssituationen werden besser eingefangen.

Die Priorität für Beschäftigung steht unvermeidlich immer in Spannung mit Prioritäten zweier anderer Politikbereiche, nämlich der Stabilitätspolitik und der Strukturpolitik. Die Drei hatten auch schon immer eine Tendenz, etwas parallel zu laufen. Schon Delors hat in dem Nebeneinander von Finanzministern, die für die Wirtschaft zuständig sind, und von Arbeitsministern, die für die Beschäftigung zuständig sind, einen Teil des Problems gesehen. (Ich verdanke diesen Hinweis Herrn Georg Fischer).

Spätestens mit Definition der Maastricht-Kriterien war klar, dass Geldpolitik und Fiskalpolitik vor allem in den Dienst einer restriktiv formulierten Stabilitätspolitik zu stellen waren. Anders wäre die Währungsunion politisch wohl auch gar nicht zustande gekommen. (Das Mandat der EZB baut bekanntlich auf jenem der Bundesbank auf.) Der Vertrag verpflichtet die EZB, primär auf Preisstabilität zu achten. Für die Regierungen ergibt sich daraus eine prinzipielle Schwierigkeit: Sie werden für Wachstum und Beschäftigung verantwortlich gemacht, doch das kurzfristig wichtigste Steuerungsinstrument, die Geldpolitik, ist ihnen entzogen und steht nur recht sekundär im Dienst dieser Ziele. Es ist daher nicht weiter überraschend, dass die Finanzminister der Eurozone den Wunsch geäußert haben, vor Zinsentscheidungen von der EZB gehört zu werden. Im November des Vorjahres sprachen sie sich auch gegen eine Verknappung der Geldpolitik aus.

In der Praxis kommt bis heute erschwerend dazu, dass die Inflationsraten der Euroländer weiter auseinanderklaffen. Da sich die Geldpolitik an der durchschnittlichen Inflationsrate ausrichtet, wird für die Einen schon zu viel sein, was für die Anderen noch zu wenig ist. Unter dem einheitlichen Zinssatz haben damit vor allem Wachstum und Beschäftigung in den beiden Niedriginflationsländern Deutschland und Österreich gelitten.

Ein zweiter Politikbereich, der bis heute in Spannung zum Beschäftigungsziel steht, ist die Strukturpolitik. Sie geht im wesentlichen in Richtung einer Öffnung und Liberalisierung der Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmärkte. Tempo und Umfang der Veränderungen war noch nie so hoch wie in den letzten zehn, zwanzig Jahren, mit Binnenmarktinitiative, einheitlicher Währung und einer

historischen Erweiterung. Zu diesen eigenen Schritten kamen größere weltpolitische Wendungen, v.a. das Eintreten der ex-kommunistischen Staaten und der Schwellenländer in den Weltmarkt. Dadurch hat sich der Wettbewerb auch zwischen Regionen mit sehr unterschiedlichen Lohnniveaus verschärft.

Die Spannung zwischen den drei Politikbereichen bleibt auch in der Lissabon-Strategie bestehen, insbesondere jene zwischen Beschäftigungspolitik und Strukturpolitik. Daran haben auch gewisse verfahrensmäßige Verbesserungen nichts geändert, wie etwa die Zusammenführung von wirtschaftspolitischen und beschäftigungspolitischen Leitlinien.

Was sind nun die Schlussfolgerungen?

- Der eingangs erwähnte Wunsch der europäischen Bürger, von der EU wirtschaftliche und soziale Sicherheit geboten zu bekommen, hat auf Ebene der Entscheidungsträger zunehmend Echo gefunden, auch vor den Krawallen ausgegrenzter Jugendlicher in Frankreich. Ihm kann allerdings nur in abgewandelter Form entsprochen werden: Keine politische Ebene, weder die EU noch die Regierungen der Mitgliedsstaaten, hat heute die Instrumente, um die Aufrechterhaltung eines Status Quo oder bestimmte gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosenraten garantieren zu können. Zu offen sind die Märkte, zu rasant ist der Strukturwandel, zu wenig leistungsfähig sind die öffentlichen Haushalte. Gleichzeitig ist auch die staatliche Ebene selbst – und da ist auch Österreich keine Ausnahme – auf höheres Wachstum und höhere Beschäftigung angewiesen, insbesondere im Kontext einer alternden Gesellschaft.
- Die beste wirtschaftspolitische Antwort ist in jedem Fall eine gemeinsame Vorwärtsstrategie auf EU-Ebene unter voller Nutzung des verfügbaren Instrumentariums. Konkret heißt das, die Lissabon-Initiative mit maßgeschneidertem und sozial balanciertem Inhalt zu erfüllen und um eine adäquate Makropolitik zu ergänzen.
- Kurz- und mittelfristig kommt nämlich Wachstum weniger von Strukturmaßnahmen als von günstigen makroökonomischen Konstellationen wie Einkommenserwartungen, weltwirtschaftlicher Lage und Makropolitik. Erfreulicherweise sind heute die makropolitischen Rahmenbedingungen günstiger als dies seit Schaffung der Währungsunion vor sieben Jahren der Fall war: Die Geldpolitik bleibt akkommodierend und die Fiskalpolitik kann nach Überarbeitung des Stabilitätspaktes im März des Vorjahres erstmals wieder stärker auf den Konjunkturverlauf Bedacht nehmen.
- Strukturpolitik, Stabilitätspolitik und Beschäftigungspolitik stehen aber weiter in Spannung zueinander. Um zu vermeiden, dass der Beschäftigungspolitik und den Betroffenen nur die Rolle der Anpassung verbleibt, ist Wachsamkeit nötig. Die blinden Flecken des „neuen“ wirtschaftspolitischen Paradigmas, das Europa zu Beginn der 1980er Jahre aus den USA erreichte, haben sich auf die Beschäftigung nicht immer positiv ausgewirkt. Es sind daher sowohl die Entscheidungsträger als auch die Ökonomen gefordert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Thurnher

Vielen Dank. Vielleicht kann Herr Lipponen dann später noch seine These von der Verwässerung der Lissabon Strategie Ihnen gegenüber noch ein bisschen zuspitzen. Ich möchte aber Frau Streissler zuerst fragen, was den Arbeitsmarkt heute denn eigentlich im Sinne unseres Themas auch von vor dem vor zwanzig Jahren unterscheidet? Wir haben jetzt Begriffe gehört wie Flexicurity und ähnliches. Das Nulldefizit ist ja geradezu zu einem Fetisch geworden. Das war ein Wort, das in der Debatte vor zwanzig Jahren nicht vorhanden war.

Agnes Streissler

Das ist wohl wahr. Ich möchte das allerdings auch gerne etwas umfassender beantworten. Ich habe es schon sehr überraschend gefunden, als ich diesen Kreisky-Kommissionsbericht gelesen habe, wie viele

Probleme und auch Lösungsvorschläge damals schon sehr ähnlich gesehen wurden wie heute. Ich habe mich dann gefragt, was ist denn eigentlich heute anders? Einer der ganz wesentlichen Punkte zu den Problemen, die schon von der Kreisky Kommission beschrieben worden sind, ist dieses Problem, dass man vielleicht etwas ungenau mit Globalisierung umschreiben könnte. Für die europäischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen heißt das Auslagerung von immer mehr Produktionsteilen und zwar nicht nur den typisch unproduktiven. Es heißt Outsourcing, es heißt Leiharbeit, es heißt Entfremdung und Entgrenzung der Arbeitswelt. Für die Gewerkschaften in Mitteleuropa heißt das auch Verlust an Macht, weil einfach die alten Modelle der Mitbestimmung nicht mehr so greifen. Ich glaube, das ist einer der großen Unterschiede zu Skandinavien, wo einfach die Gewerkschaften aufgrund des nach wie vor sehr hohen Organisationsgrades mit deutlich mehr Selbstbewusstsein auftreten können. Bei uns droht immer ein bisschen die Gefahr, dass man erpresst wird. Die Unternehmer sagen, wenn man die Löhne zu stark steigen lässt, wenn nicht mehr Flexibilität einkehrt, dann wandern eben die Unternehmen ab.

Neben dieser zunehmenden Prekärisierung ist noch eine wesentliche Änderung zu vor zwanzig Jahren, dass das Arbeitsangebot anders aussieht. Es sind deutlich mehr Frauen am Arbeitsmarkt. Es sind auch mehr Migranten und Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt. So haben wir das Problem, dass, selbst wenn wir es schaffen, ein wenig die Beschäftigung zu steigern, dieses immer noch steigende Arbeitsangebot zu groß ist, um die Arbeitslosigkeit längerfristig zu verringern.

Dem gegenüber werden von neoliberaler Seite ja gerne drei Ursachen genannt, warum es denn eigentlich Arbeitslosigkeit gibt. Das ist die Inflexibilität. Es gibt zu hohe Löhne. Und das ist die Behauptung, dass es einen Qualifikationsmismatch gebe. Ich würde gerne diese drei Ursachen kritisch hinterleuchten.

Die erste Behauptung. Ist der österreichische Arbeitsmarkt wirklich so inflexibel? Ich glaube das ehrlich gesagt nicht. 910.000 Personen sind mindestens einmal im Jahr arbeitslos. 1,7 Millionen Arbeitsverhältnisse werden pro Jahr aufgelöst und neu begründet. Das ist sozusagen der Umschlag auf dem Arbeitsmarkt. Das heißt, die mangelnde Flexibilität kann nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit sein.

Die zweite Behauptung. Es gibt die Arbeitslosigkeit, weil die Löhne zu hoch sind. Hier stelle ich die Gegenbehauptung auf, in Österreich wird Arbeit laufend billiger. Dennoch steigt die Arbeitslosigkeit. Das ist ein Zusammenhang, der eigentlich auf der Hand liegt. Mich hat Markus Marterbauer vor einiger Zeit darauf gebracht. Wir wissen, dass die Lohnquote laufend zurück geht. Das heißt, der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wird laufend weniger. Das heißt aber nichts anderes, dass bei gleichbleibender oder sogar leicht steigender Beschäftigung Arbeit im Verhältnis zum Kapital billiger wird. Nach neoliberaler Logik müsste das heißen, dass das senkend auf die Arbeitslosigkeit wirken sollte. Stimmt aber nicht.

Daher Behauptung Nummer drei. Es gibt einen Qualifikationsmismatch. Das heißt, die Leute haben Ausbildungen, die am Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden. Ich glaube, dass das eine Erklärung ist, die zumindest teilweise der Realität schon näher kommt. Einer der Erklärungsfaktoren von Arbeitslosigkeit und daher auch Wegweiser für mögliche Rezepte liegt sicherlich in der Qualifikation. Das ist auch nicht verwunderlich, denn eine Gesellschaft, die einem rasanten Strukturwandel unterworfen ist, hat ja kaum eine Chance, nicht so einen Mismatch zu haben. Wie soll man mit 14 Jahren wissen, welche Qualifikationen mit 25 Jahren, mit 45 Jahren gebraucht werden? Prof. Rothschild hat das vor kurzem in einem sehr interessanten Artikel geschrieben. Man muss betonen, dass man in einer Zeit, wo nicht genügend Arbeitsplätze da sind, nicht zu große Hoffnungen in Qualifikation und lebenslanges Lernen als Allheilmittel hineinsetzen darf. Den über 300.000 Arbeitslosen in Österreich stehen gerade 21.000 offene Stellen gegenüber. Wer soll da wohin geschult werden? Hier gilt es schlicht und einfach, Arbeitsplätze zu schaffen.

Was kann denn nun gegen die Arbeitslosigkeit getan werden? Hier möchte ich mich schon auch meinen Vorrednern anschließen. Man muss auf der Mikroebene, auf der Makroebene und auch auf der psychologischen Ebene ansetzen. Was ich sehr schade an der heutigen Diskussion oder am Klima finde

ist, dass immer nur ein Teil gesehen wird. Die Binnenmarktpriester reden von der Angebotsseite. Die wollen nur die Strukturreformen. Der linke Reflex darauf ist, wir reden nur mehr über die Nachfragepolitik. Wir fragen nur mehr nach dem Nulldefizit oder so. Ich glaube, man muss beide Seiten sehen, und noch ein bisschen mehr. Ich finde es ganz schade, dass wir uns den Begriff der Flexicurity abknöpfen ließen. Weil die anderen meinen nur die Flexibilität. Das ist ganz klar. Aber das Konzept kommt ursprünglich aus Skandinavien. Und dort ist die geforderte Flexibilität eben mit einem hohen Ausmaß an Sozialschutz und an Absicherung verbunden. Ich glaube schon, dass wir in diese Richtung werden gehen müssen. Dazu gehört natürlich eine Qualifizierungsoffensive, im Schulsystem ebenso wie beim lebenslangen Lernen. Man muss den Menschen beibringen, auf die Herausforderungen der Zeit besser reagieren zu können. Dann gehört die Regionalpolitik dazu vor Ort, um auf Probleme zielorientiert reagieren zu können. Genau so braucht es aber auch überregionale, transnationale Kooperationsprojekte, damit die Strukturen nicht gegeneinander sondern miteinander reformiert oder verändert werden. Und dann natürlich die bekannte Kritik an der Nachfrageseite. Wir brauchen schlicht und einfach mehr Wachstum, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Dafür muss der Konsum angekurbelt werden. Dafür muss der private Konsum natürlich angekurbelt werden. Ich glaube aber auch, dass der öffentliche Konsum unbedingt angekurbelt werden muss. Es geht darum, dass man auch wieder den Handlungsspielraum des Staates hier unterstreicht. Der Staat muss als innovativer Nachfrager auftreten. Es muss versucht werden, im Bereich der Umwelt, der Sicherheitstechnologien, der Gesundheit, im Sozialbereich Trends und Bedürfnisse richtig zu erkennen und dementsprechende Angebote zu machen. Die können dann in Kooperation mit innovativen Betrieben realisiert werden.

Edith Kitzmantel hat es ja angesprochen. Wir sollten uns von der heiligen Kuh der Preisstabilität verabschieden. Der Kampf gegen die Inflation ist ein Kampf gegen Vergangenes. Die Inflation in Europa ist heute moderat. Das heißt, der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte sich endlich auf den Wachstumspart konzentrieren. Antizyklische Konjunkturpolitik, wenngleich natürlich auch verantwortungsvoll. Aber Nein zum absoluten Dogma des Nulldefizits.

Und schließlich bin ich der tiefen Überzeugung, insbesondere wenn man diese skandinavischen Erfolgsgeschichten mit Österreich und auch mit Deutschland vergleicht, dass der Psychologie und der Mentalität einfach eine Schlüsselrolle zukommt. Wir müssen es schaffen, uns von einem ängstlichen, von einem obrigkeitstaatlichen Denken zu trennen. Und wir brauchen mehr Selbstvertrauen. Wir brauchen auch alle mehr Mut zur Veränderung. Wenn wir uns selbst die ganze Zeit einreden, dass wir keine Spielräume haben, dass eh die in Brüssel Schuld sind oder dass alles von dort vorgegeben wird, wenn wir nicht insgesamt viel mehr Selbstbewusstsein entwickeln, dann werden sowohl die Strukturprogramme als auch die Konjunkturpakete sehr viel Geld kosten, aber keinen Nachhall finden. Danke.

Thurnher

Vielen Dank. Herr Seidel, wenn man das Stichwort Mentalitätspolitik aufnimmt, dann fällt einem natürlich als erster der Keynesianismus ein, der heutzutage ein toter Hund ist. In der Zeit, in der Sie politisch aktiv waren, hat man z.B. den Ölschock überwunden, indem man einfach höhere Defizite gemacht hat. So was ist eigentlich heute in keiner Weise mehr en vogue. Das hing aber auch zusammen mit einer anderen Einschätzung der Frage Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit oder nicht. Können Sie beschreiben den Unterschied, wie es damals war, wie es heute ist?

Hans Seidel

Meine Damen und Herren, ich werde versuchen, die Beschäftigungspolitik der Ära Kreisky zu beschreiben. Das kann nur stichwortartig geschehen. Aber ich hoffe, dass ich in Ihnen ein gewisses Verständnis wecken kann für die Art, wie damals Probleme gelöst wurden.

Die Wirtschaftspolitik der Ära Kreisky war zugeschnitten auf eine bestimmte weltwirtschaftliche Konstellation.. Das so genannte Golden Age der westeuropäischen Wirtschaft gekennzeichnet durch hohes Wachstum und einen hohen Beschäftigungsgrad ging in den 1970er Jahren zu Ende. Ab den 80er Jahren ist die Wachstumsrate der westeuropäischen Wirtschaft auf die Hälfte gesunken. Es gab mehr

Arbeitslose, in manchen Ländern sogar sehr viele Arbeitslose. An dieser Bruchstelle zwischen Golden Age und post-Golden Age gab es Turbulenzen in großer Zahl, darunter vor allem auch die beiden Ölpreisschocks. Diese Ölpreisschocks wurden von der Wirtschaftspolitik der westlichen Länder nur schwer bewältigt. Es gab mehr Inflation und mehr Arbeitslose. Als Folge dieser Turbulenzen kam es dann gegen Ende der 70er zu einem Paradigmenwechsel in der Weltwirtschaftspolitik. Der Keynesianismus wurde abgelöst durch Neoklassik, oder wie immer man das post-keynesianische Paradigma nennen mag. Hinzufügen muss man, dass diese Kritik an der bestehenden Wirtschaftspolitik nicht nur von „rechts“ kam sondern ebenso von „links“. Ich erinnere daran, dass Joan Robinson vom Bastard Keynesianismus gesprochen hat, als einer verzerrten Form der Keynes'schen Interpretation.

In diesen turbulenten 70er Jahren war Österreich ein Musterbeispiel für gesamtwirtschaftliche Stabilität, wobei unter gesamtwirtschaftlicher Stabilität sowohl eine niedrige Arbeitslosenrate als auch die Beherrschung der Inflation und ein angemessenes Wachstum zu verstehen war. Die Arbeitslosenrate in den 70er Jahren lag bei 2%. Erst Anfang der 80er Jahre stieg sie dann etwas an. Die Inflationsrate hat zwar Mitte der 1970er Jahre infolge des Ölpreisschocks 10% erreicht. Aber nachher war es möglich, sie auf 3,5% vor dem zweiten Ölpreisschock zu senken. Das Wirtschaftswachstum in Österreich lag in den gesamten 70er Jahren um 1 bis 1,5% über dem westeuropäischen Durchschnitt. Diese gesamtwirtschaftliche Stabilität hat international Anerkennung gefunden. Ich erinnere daran, dass der Londoner *Economist* einen Artikel schrieb „A small house in order“.

Die Frage ist also, wie kam es zu dieser für erstaunlich günstigen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft? Erfolge haben immer viele Väter. Ich möchte mich darauf beschränken, das Markante der Wirtschaftspolitik der Kreisky Ära hervorzuheben.

Im Zusammenhang mit dem Beitrag von Kollegen Walterskirchen werde ich zwei Aspekte behandeln, Interventionen auf den Gütermärkten und Interventionen auf dem Arbeitsmarkt. Grob gesprochen, die Intervention auf den Gütermarkt ist Keynesianismus. Danach bedeutet Arbeitslosigkeit, dass die kaufkraftige Nachfrage zu gering ist und es daher Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, die kaufkraftige Nachfrage zu stärken. Kreisky hat zwar gesagt, der Austro-Keynesianismus hat mit Keynes so viel zu tun wie der Austro-Marxismus mit Marx, nämlich nichts. Aber dieses Bonmot ist, glaube ich, so zu verstehen, dass Keynesianismus interpretiert werden musste im Lichte der damals bestehenden wirtschaftlichen Konstellationen. Als zentraler Punkt bot sich die Erdölkrise an. Teures Erdöl bedeutete zweierlei. Es bedeutete Rezession, weil ein Teil der Nachfrage abgesaugt wurde. Und es bedeutete Kosteninflation, weil die Ölpreisverteuerung auf die Endverbraucherpreise fortgewälzt wurde. Unter diesen Umständen bestand ein Dilemma: Die Rezession hätte nahe gelegt, dass die Wirtschaftspolitik Gas gibt; die Inflation hätte nahe gelegt, dass die Wirtschaftspolitik auf die Bremse steigt. In dieser Situation gab es eine österreichische Lösung. Sie hieß: Die Wirtschaftspolitik versucht, über Budgetdefizite beträchtlichen Ausmaßes die heimische Nachfrage zu stärken und damit der Rezession entgegenzuwirken, und sie versucht gleichzeitig, durch Anlehnung des Schilling an die D-Mark den Inflationsauftrieb zu dämpfen. Dabei wurde der Einkommenspolitik der Sozialpartner, und insbesondere die Gewerkschaften, eine zentrale Rolle zugewiesen. Die österreichischen Arbeitnehmer haben in den 70er Jahren eine sehr hohe Flexibilität, sowohl was die Reallöhne als auch was die Nominallöhne anbelangte, gezeigt. Soweit zur prinzipiellen Steuerungsphilosophie.

Wichtig für die Beurteilung dieses Aspekts der Kreiskyschen Politik scheint mir, dass es sich im Grunde um eine Politik handelt, um Zeit zu gewinnen für eine geordnete Anpassung. Budgetdefizite und Leistungsbilanzdefizite waren temporäre Phänomene, die in Kauf genommen wurden, bis mittelfristige Strategien greifen, die da hießen Energie sparen, um die Erdölrechnung zu reduzieren, und Förderung des Exports in die OPEC Länder, was durch die Kreiskysche Politik sehr gefördert wurde. Also es war nicht die Defizitpolitik per se sondern der Versuch einer geordneten beschäftigungsschonenden Anpassung.

Der Versuch, Vollbeschäftigung nur über die Nachfrageseite zu generieren, war nicht voll erfolgreich. Warum? Die österreichische Wirtschaftspolitik stieß an außerwirtschaftliche Grenzen. Schon Mitte der

70er Jahre zeichneten sich Leistungsbilanzdefizite ab, die zu einem Schwenk der Wirtschaftspolitik zu einer mehr zahlungsbilanzorientierten Politik drängten. Zwei Jahre später beim zweiten Ölpreisschock versuchte man, durch eine Politik billigen Geldes durchzutauchen. Das musste aufgegeben werden, weil Kapital ins Ausland floss.

Daher wurde versucht – das ist der zweite Teil der Beschäftigungspolitik -, vom Arbeitsmarkt her Entlastung zu schaffen. Dazu gehörte, dass das Angebot an Arbeitskräften bis zu einem gewissen Grad der Nachfrage angepasst wurde. Damals war es möglich, die Beschäftigung von Ausländern nach den arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten zu steuern. Anfang der 70er Jahre wurde eine große Zahl ausländischer Arbeitskräfte hereingeholt. Ab Mitte der 70er Jahre wurde der Bestand an Fremdarbeitern erheblich reduziert. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes wurde weiters dadurch versucht, dass ältere Arbeitskräfte in Frühpension geschickt wurden. Nicht zuletzt kam es zu einer gewissen Entkoppelung von Beschäftigung und Wachstum.. Die Arbeitsproduktivität stieg nicht so stark wie das Wachstum, aus verschiedenen Gründen, z.B. weil die Arbeitszeit verkürzt wurde und weil in den verstaatlichten Betrieben Arbeitskräfte gehalten wurden.

Die Kreiskysche Beschäftigungspolitik wäre ein voller Erfolg gewesen, wenn die Weltwirtschaft auf den alten Pfad des Wachstums zurückgekehrt wäre. Die temporären Stützen wären dann von selbst entbehrlich geworden. Tatsache ist, dass Anfang der 80er Jahre das langsame Wachstum der Weltwirtschaft und die neuen Paradigmenwechsel in der Weltwirtschaftspolitik die Handlungsmöglichkeiten begrenzten. Das, was zunächst als temporäre Maßnahme gedacht war, wurde zu einem Problem, das in den 1980er Jahren gelöst werden musste. Dazu gehörte die Bereinigung des Problems der verstaatlichten Industrie und die Reduktion des Budgetdefizits auf Größenordnungen, die auf die Dauer haltbar sind.

Abschließend einige Anregungen für die Diskussion.

Erstens: Natürlich, nicht alles, was in der Kreisky Zeit geschah, ist unter den heutigen Bedingungen machbar. Aber das Wesentliche der Kreiskyschen Periode war eine hohe Präferenz für Vollbeschäftigung. Auch wenn vieles nicht so gelang, wie es geplant wurde, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte erste Priorität.

Zweitens: Nachfragepolitik ist in einem kleinen Land nur beschränkt möglich. Daher das Anliegen an die Europäische Union, in einem größeren Zusammenhang Beschäftigungspolitik zu machen. Beispiel: Die Zinssätze sind heute so niedrig, dass ein europäisches Infrastrukturprojekt größeren Ausmaßes auf die Beine gestellt werden könnte.

Drittens: Keynesianische Beschäftigungspolitik ist bei der heutigen Generation von Ökonomen nicht sehr en vogue. Um ein Beispiel nennen. Die Europäische Zentralbank sieht ihre einzige Aufgabe darin, das Preisniveau zu stabilisieren. Und sie erwartet, dass das das Maximum dessen ist, was die Geldpolitik zur Beschäftigung beitragen kann. Darüber lässt sich diskutieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Thurnher

Es ist sehr schwierig, sich zu beschränken, wenn die reichen historischen Erfahrungen und das Wissen da sind. Mich interessiert der Punkt des Paradigmenwechsels. Herr Walterskirchen, da können Sie sicher viel dazu beitragen, weil die Kreisky Kommission war ja eigentlich nach der Ära Kreisky, als Bruno Kreisky nicht mehr Kanzler war, und war wohl auch ein Versuch, diesen ominösen Paradigmenwechsel zu erklären, den auch Herr Seidel jetzt erwähnt hat, wo man ja nicht genau weiß, ist die schwierige weltpolitische Situation eine Folge, eine Begleiterscheinung oder eine Ursache des Paradigmenwechsels. War die Kommission nicht auch ein Versuch gegenzusteuern auch im Sinne, einen Paradigmenwechsel in die andere Richtung einzuleiten? Es war ja nicht nur rückwirkend legitimierend, nehme ich an. Was ist von den Empfehlungen der Kommission geblieben? Was hat sie wirklich gefordert? Was können wir davon heute brauchen?

Ewald Walterskirchen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf diesen Paradigmenwechsel eingehen, wie ich ihn in der Tätigkeit der Kreisky Kommission erlebt habe. Es gab dort zwei Gruppen. Die große Gruppe waren die Experten um Kreisky: Österreicher, Skandinavier und Gewerkschafter. Sie vertraten im wesentlichen die Idee: Wir brauchen mehr Investitionen, das führt zu mehr Wachstum und das führt wieder zu mehr Beschäftigung. Es war damals das Ziel, eine Wachstumsrate von 3,5% bis 4% zu erhalten. Heute sind wir schon viel bescheidener. Wir wären schon mit 3% zufrieden. Dann gab es noch eine kleine Gruppe um Dahrendorf. Dahrendorf hatte schon damals für die OECD einen Bericht über Flexibilisierung des Arbeitsmarktes geschrieben. Das waren die Flexibilisierer in der Kreisky Kommission. Sie vertraten die Idee, die wir jetzt schon zwanzig Jahre hören: Die Löhne sind zu hoch, man muss mit den Reallöhnen runter, der Arbeitsmarkt muss flexibler werden. Die Arbeitslosigkeit hätte nichts mit der Wirtschaftsentwicklung zu tun, sondern gehe ausschließlich darauf zurück, dass der Arbeitsmarkt bei uns total erstarrt sei. In der Kommission hat sich die Mehrheit der Kreisky Gruppe durchgesetzt. Die Dahrendorf Leute sind freundlich aber doch aus der Gruppe ausgetreten und haben den Bericht nicht unterschrieben.

In der Realität war es ganz anders seither. In der Realität haben sich auf jeden Fall die Dahrendorf-Gruppe und die Flexibilisierer der OECD durchgesetzt. Sie haben in der politischen Realität gewonnen.

Aber wie sieht es heute, zwanzig Jahre später aus? Wir sehen, die Reallohnsteigerungen sind weit hinter den Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben, vor allem in Deutschland. Das war es, was die Flexibilisierer vor allem gefordert hatten. Die Arbeitsmärkte wurden überall dereguliert. Der Kündigungsschutz wurde zum Teil abgeschafft. Weiters war gefordert worden, die Arbeitslosenunterstützungen zu senken. Wir haben jetzt den Höhepunkt dieser Politik in Deutschland mit den Hartz IV Regelungen, wo die Arbeitslosenhilfe auf 350 EUR pro Monat gesenkt wurde. Alles das ist passiert. Es hat zwanzig Jahre Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt gegeben. Was ist die Konsequenz? Die Arbeitslosenquote hat in Europa weiter steigende Tendenz. Und wenn uns hin und wieder Beschäftigungswunder gemeldet werden, dann nur deshalb, weil Vollzeitarbeitsplätze immer mehr zerlegt werden in Teilzeitarbeitsplätze und in so genannte geringfügige Jobs, angefangen von Call Centers bis zu McJobs. Das war die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre. Es braucht uns nicht zu wundern, dass man sich in dieser Situation wieder besinnt auf die politischen Folgen der hohen Arbeitslosigkeit, wie sie sich etwa in Paris und Beaulieu geäußert haben.

Heute sehen wir gerade bei uns im Institut für Wirtschaftsforschung und auch in Österreich eine Renaissance der Bedeutung des Wirtschaftswachstums für die Beschäftigung. Ich möchte deshalb das 6-Punkte-Programm der Kreisky Kommission in Erinnerung rufen.

Erster Punkt: höhere Investitionen in die europäische Infrastruktur.

Zweiter Punkt: Umweltschutzinvestitionen, um ein höheres Wachstum umweltverträglich und akzeptabel zu machen.

Dritter Punkt: Technologie, Innovation, Forschung vorantreiben.

Vierter Punkt: Forcieren von Bildung und Kultur. Bei der Bildung ging es vor allem um Bildung für jene, die die Schule abgebrochen haben oder durch irgendeine Art diskriminiert wurden.

Fünfter Punkt: Ausbau von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen

Sechster Punkt: wirtschaftliche Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa sollten vertieft werden.

Das war das Programm der Kreisky Kommission, das vor zwanzig Jahren geschrieben wurde. Ich glaube aber, es hätte auch gestern sein können, dass dieses Programm geschrieben wurden. Ich denke auch, was heute die OECD, die EU-Kommission, die Herren Sinn und Zimmermann als Lösung der Arbeitsmarktprobleme in Europa fordern, hat sich de facto in den letzten zwanzig Jahren als Fehlschlag erwiesen. Die Menschen in der EU sind wegen dieser Arbeitsmarktmisserfolge wohl zu Recht misstrauisch gegenüber der EU und ihren Institutionen geworden. Danke.

Thurnher

Herr Lipponen, vielleicht können Sie mir da etwas helfen bei meiner Frage nach dem Punkt, wieso etwas, was doch offensichtlich relativ vernünftig klingt für die Ohren von Fachleuten wie für die Ohren von Laien, politisch diskreditiert werden kann und in dem Paradigmenwettstreit verliert. Da gibt es sicher Argumente, Konkurrenz der globalen Märkte, und es ist unmöglich Arbeitslöhne zu zahlen, wenn in Indien und China so billig produziert wird, etc. Aber insgesamt ist es doch nicht falsch zu sagen, dass da ein ideologischer Krieg verloren wurde in den 1980er Jahren, und dieses Paradigma eben auf die andere Seite gegangen ist. Die Kreisky Kommission hat ja keinerlei konkrete Wirkungen gehabt. Oder ist das falsch?

Lipponen

Vielen Dank für die sehr interessanten Beiträge. Die Situation war total verändert. Bruno Kreisky hat gesagt, warum nicht ein paar Milliarden Schulden mehr, wenn man Arbeitslosigkeit verringern kann. Wir in Finnland lebten in einer geschlossenen Wirtschaft. Sozialismus in einem Staat sozusagen, als Keynesianismus besser funktionierte. Aber die Wende, zuerst die Krise und dann die Globalisierung der Märkte und die Schaffung der europäischen Märkte hat alles geändert. Aber ich glaube nicht, dass es bedeutet, dass wir als Sozialdemokraten verloren haben. Ich habe schon über die Bedeutung von Ausbildung gesprochen.

Thurnher

Verloren ist vielleicht zu viel gesagt. Aber das Nulldefizit, das bei uns als Fetisch gegolten hat, ist schon für alle Parteien attraktiv gewesen, auch für die Sozialdemokraten. Das war schon sehr wirkungsvoll.

Lipponen

Aber die Ausbildung, Bildung ist sehr wichtig, weil es bedeutet, dass wir in den offenen Märkten Wirtschaftspolitik machen müssen, aber eine gewisse Gleichheit in der Gesellschaft auch behalten wollen. Das heißt natürlich hohe Beschäftigungsquote. Aber wie macht man das? Ausbildung ist äußerst wichtig für alle. Ich habe an der deutschen Ausbildungsdebatte teilgenommen. Dort denkt man, dass man nach vier Jahren die Kinder in drei, vier verschiedene Richtungen schicken soll. Das bedeutet nicht Gleichheit. Heute muss man die ganze Bevölkerung so gut wie möglich ausbilden. Dadurch schafft man Gleichheit und Möglichkeiten in einem Arbeitsmarkt, der in einem ständigen Veränderungsprozess begriffen ist. Lebenslange Ausbildung muss funktionieren. Ich meine, dass diese Märkte, die wir nicht vollständig geöffnet haben, mehr Wachstum in der Weltwirtschaft bedeuten. Wir müssen nur schneller laufen. Und Ausbildung ist ein Beispiel, wodurch wir diese grundlegende Gleichheitsidee behalten können. Ich habe in meinem Beitrag grundlegende Punkte gemacht. Die Rolle der Politik oder der öffentlichen Verwaltung ist, erstens Investitionen in Bildung und Forschung und Entwicklung zu machen. Man kann dadurch neue Sektoren öffnen, wie Frau Streissler vorgeschlagen hat. Aber das ist etwas anderes als Ankurbelung der Wirtschaft durch den Staatshaushalt. Infrastruktur ist natürlich wichtig. Aber dann muss man auch mit den Märkten arbeiten, so dass sie wirklich funktionieren. Warum ist es so schwierig, europäische Makropolitik zu machen, Geldpolitik? Weil die Märkte nicht funktionieren. Man muss in allen Mitgliedsländern die Reformen machen, die wir im Lissabon Programm haben.

Thurnher

Können Sie konkret sagen, welche Reformen man machen muss, damit die Märkte funktionieren?

Lipponen

Ich habe sie schon genannt. Kapitalmärkte funktionieren nicht. Dienstleistungsmärkte funktionieren nicht. Wir können nicht den Lebensstandard in Europa erhöhen ohne diese Reformen. Also, höhere Produktivität auch im öffentlichen Sektor. Das Angebot der Arbeitskraft wird allmählich weniger. Man muss die demographische Frage ernst nehmen. Man muss die Produktivität im öffentlichen Sektor erhöhen. Das ist absolut notwendig. Weniger Verwaltung, neue Technologien in öffentlichen Diensten und bessere Dienstleistungen, also Gesundheit usw. Das bedeutet Reform der öffentlichen Dienste.

Zu der ursprünglichen Frage der Ankurbelung, der Schulden usw. Ich habe versucht zu erklären, wie wichtig es ist, eine Atmosphäre von Vertrauen zu schaffen. In Deutschland ist das Problem, dass, wenn man Defizit hat und die Rentensysteme, die Rentenversicherung nicht nachhaltig sind in den Augen von den Konsumenten, man nicht das Vertrauen hat. Die Exporte steigen in Deutschland. Aber die Konsumenten glauben noch nicht daran. Natürlich ist die Schwierigkeit, wie können wir diese Reformen machen, so dass man eine Unterstützung von den Wählern hat? Das ist wirklich schwierig. Aber es ist keine Lösung, dass man kleine und halbe Reformen macht. Dadurch werden die Rentensysteme und Sozialversicherungssysteme nicht nachhaltig. Man bekommt nicht das Vertrauen. Das geht nur durch gründliche Reformen. Abbau der Subventionen. Wenn man wirklich den Haushalt in Deutschland stabilisieren will, muss man die Subventionen abbauen und dadurch auch mehr Konkurrenz schaffen und mehr Wettbewerb und auch bei uns z.B. unsere Energiebetriebe öffnen usw. Wir haben so viel Protektionismus in Europa. Frankreich, Deutschland. Ich glaube, dass wir als Sozialdemokraten diese Strukturprobleme Ernst nehmen müssen. Die Lissabon Strategie kann neoliberalistisch aussehen. Wenn man das Beispiel Finnland nimmt, mehr Wettbewerb in den Dienstleistungen. Ja, wir brauchen es. Unsere Preise sind absolut zu hoch. Wir verdienen viel, aber der Lebensstandard ist nicht ebenso hoch wie das Bruttosozialprodukt pro Kopf. Ältere Angestellte sollten länger arbeiten. Das ist auch wichtig wegen der demographischen Entwicklung. Und dasselbe sagt die Kommission über Österreich. Address low employment rate of older workers. Ältere Arbeitnehmer gehen in Österreich zu früh in Pension. Das ist kein Neoliberalismus. Das sind nur vernünftige Strukturreformen, die wir brauchen. Wenn wir beteuern, dass alle Bürger, Kinder und Jugendliche Ausbildung bekommen, dadurch kann man am besten die Gleichheitsidee lebendig halten. Danke.

Thurnher

Ich glaube, ganz unwidersprochen wird das nicht bleiben, was Sie gesagt haben.

Streissler

Während des Referats von Präsident Lipponen habe ich noch einmal über diesen Paradigmenwechsel nachgedacht. Ich glaube, dass der Paradigmenwechsel im Grunde zunächst von den USA gekommen ist. Dort hat man sich im Zuge des Vietnam Traumas vom Gutmenschentum der Great Society aus den 1960er Jahren verabschiedet und hat dann mehr diese amerikanischen Werte der Eigenverantwortung etc. forciert. Ich glaube tatsächlich, bei dem Paradigmenwechsel ist etwas passiert, was man gern als Schlagwort hört. Hier war die Privatwirtschaft tatsächlich effizienter als der öffentliche Sektor. Das Kapitalinteresse hat hier wirklich sehr gezielt lobbyiert und mit hohem Mitteleinsatz dann auch in Europa zu einem Paradigmenwechsel geführt. Ich bin nicht ganz sicher, ob hier nicht auch Präsident Lipponen ein wenig davon erfasst wurde. Denn zu sagen, dass die Märkte nicht funktionieren und dass die Zukunft Europas darin liegen muss, dass wir alles liberalisieren müssen, erstaunt mich ein wenig, von einem Sozialdemokraten zu hören. Sie haben vollkommen Recht. Der Kapitalmarkt funktioniert nicht. Und der Kapitalmarkt ist der Markt, der noch am ehesten dem Lehrbuch entspricht. Da kann man wirklich neoliberale Sandkastenspiele machen. Wenn der schon nicht funktioniert, ein Markt, wo es nicht sehr menschelt, wie kann man dann erwarten, dass andere Märkte funktionieren, wenn sie liberalisiert werden. Insbesondere der Arbeitsmarkt und der Dienstleistungsmarkt müssen in einer Form doch so reglementiert sein, dass es faire Rahmenbedingungen, faire Regeln gibt. Weil sonst habe ich einige wenige große Gewinner. Und es haben nicht alle etwas von den Wohlstandsgewinnen. Ich glaube, dass die Makropolitik nicht funktioniert, liegt einfach daran, dass die europäischen Staaten nicht miteinander wirklich koordiniert umgehen. Die Makropolitik auf europäischer Ebene hängt ganz eng mit dem europäischen Gedanken zusammen. So lange jeder seinen eigenen Schrebergarten betreut, werden wir keine koordinierte Makropolitik haben.

Kitzmantel

Ich wollte ebenfalls Herrn Präsident Lipponen antworten. Die dahingerliegende Frage ist, welche Rolle der Wirtschaftspolitik eigentlich zukommen soll.

Für die Makropolitik scheint mir die Analyse relativ einfach: Die Geldpolitik müßte sich bewegen und ausgewogener in den Dienst dessen gestellt werden, was man früher das „magische Vieleck“ genannt hat. Bekanntlich wird ein solches Ansinnen in wirtschaftspolitischen Debatten oft mit dem Argument zurückgewiesen, daß Zinsänderungen den realen Sektor ja nur ganz kurz und wenig beeinflussten und ihre Hauptwirkung die Preise beträfe. Dieses Modell von Transmissionsmechanismus verwendet auch die EZB. Damit ist für die Beschäftigung im wesentlichen egal, was Notenbanken machen. Diese Theorie kann man aber sehr bezweifeln. Da in der Ökonometrie bekanntlich die Tendenz gilt „What you put in, that's what you get out“, ist auch statistische Signifikanz nicht schon ein Beweis für die Richtigkeit einer Theorie. Wichtigster Streitpunkt ist dabei der Zusammenhang zwischen Zinssatz, Masseneinkommen und inländischer Nachfrage. Bei der Fiskalpolitik wieder scheint mir, dass man jedenfalls die automatischen Stabilisatoren wirken lassen sollte. Und das ist für die Mitgliedstaaten seit einem Jahr auch bei relativ hohem Defizit möglich. Darüber hinaus würde ich derzeit eigentlich nicht gehen. Vielleicht war ich auch nur zu lange im Finanzministerium, aber ich würde eine Steuerung über die Fiskalpolitik in einer Situation hoher Ausgangsdefizite und ungewissen mittelfristigen Wachstums für riskant halten. Ich will mich da dem anschließen, was Hans Seidel vorhin zur Bedeutung des wirtschaftlichen Umfeldes gesagt hat. Auch bei der Beschäftigungspolitik im engeren Sinn, also der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik, scheint mir relativ klar, was zu tun ist: Da gibt es eine rechte und eine linke Variante, und man wählt die, die Einem nahe liegt. Da lässt sich viel gestalten, enge Spielräume hin oder her. Der Bereich, mit dem ich Schwierigkeiten habe, ist die Strukturpolitik. Wodurch unterscheidet sich eine beschäftigungsbewusste Strukturpolitik von einem wilden Neoliberalismus in einer Situation, in der für Manche gut ist, was für Andere schlecht ist und in der einschränkende Regeln in der Praxis oft leicht umgangen werden können? Ich weiß es nicht genau. Mir scheint, man kann diese Frage nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall beantworten. Jedem einzelnen Schritt müßte also eine Untersuchung vorangehen, welche Einkommens-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen er über welchen Zeitraum hat. Jedenfalls ist die Sache ziemlich komplex.

Thurnher

Am Anfang Ihres Referats haben Sie erzählt, wie der finnische Staat die finnische Privatwirtschaft gerettet hat, indem er ihre Schulden übernommen hat. Dann habe ich mir gedacht, wie kann er das tun. Wenn er abgeschlankt und modernisiert ist, dann könnte er ja so was nicht mehr tun.

Lipponen

Eigentlich war die Verschuldungsrate des Staates in Finnland nur 10% in 1991. Das hat es erlaubt, dass der Staat die Schulden des Privatsektors übernommen hat. Das war eine sehr wichtige Strategie der Regierung Aho, also mein Vorgänger. Eigentlich könnte das als Beispiel funktionieren. Es hat uns wirklich geholfen, die Wirtschaft zu retten vor dem totalen Zusammenbruch. Aber was ich sagen möchte ist, dass Strukturreformen nicht Feinde von besserer Beschäftigung und dem Wohlfahrtsstaat sind. Wirklich, es ist in den skandinavischen, nordischen Ländern gelungen, Soziales und Wettbewerb, die Märkte zu kombinieren. Es war sehr wichtig, dass wir in den nordischen Ländern die Märkte für Telekom und Energie geöffnet haben. Im Wettbewerb mussten Betriebe wie Nokia besser werden und sind heute an der Weltspitze. In einem geschlossenen System geht das nicht. Natürlich auch Investitionen in Forschung und Entwicklung. Der Beitrag des Staates in Finnland ist 1% des Bruttoinlandproduktes. Der Privatsektor ist 2,5%. Man kann, wenn man mit dem Privatsektor zusammenarbeitet, mit dieser staatlichen Investition diesen response bekommen, dass der Privatsektor sich mehr anstrengt in Forschung und Entwicklung und mit neuen Produkten. Die Ausbildung habe ich schon erwähnt. Aber auch, wenn es die Arbeitsmärkte betrifft, die Lohnverträge oder Einkommensverträge, die wir gemacht haben. Die Arbeiterbewegung kann auch dadurch eine gewisse Kontrolle über Gesellschaftspolitik und Steuerpolitik haben, dass man nicht neoliberalistisch nur Steuersenkungen macht, sondern die Steuersenkungen mit anderen Maßnahmen kombiniert. In diesen Einkommensverträgen kann man über viele Fragen verhandeln. Es ist nicht einfach mit den Arbeitgebern. Aber diese Kombination von gemäßigten Lohnerhöhungen und Steuersenkungen funktioniert heute und schafft mehr Vertrauen unter den Konsumenten. Es ist wie riding the tiger in den globalen Märkten. Man muss weiterreiten, aber man muss sehr klug handeln, um den Tiger unter Kontrolle zu halten. Es ist möglich, aber nicht ohne die

notwendigen Reformen. Ich bin besonders kritisch gegenüber den Energiemärkten in Europa. Der Protektionismus in Frankreich und Deutschland. Wir haben sehr konkurrenzfähige Betriebe in den nordischen Ländern. Aber Zugang zu den Märkten haben wir nicht. Aber diese Frage ist natürlich noch größer. Die Frage der Energieversorgung Europas. Ein Teil der Lösung in dieser Frage ist noch einmal Öffnung der Märkte. Aber das bedeutet nicht das Gesetz vom Dschungel. Sondern in allen Märkten gemeinsame Spielregeln in Europa zu schaffen, so dass wir die gleichen Möglichkeiten als Mitgliedsstaaten, als Betriebe haben, so dass kleine und mittlere Unternehmen auch profitieren können und dadurch mehr Beschäftigung schaffen.

Walterskirchen

Ich möchte gerne an einen Punkt von Prof. Seidel anschließen. Der Spielraum der Nationen, Politik zu machen, ist einfach wesentlich geringer geworden. Wir brauchten bei vielen wichtigen Punkten Strategien auf der EU Ebene, um wirklich größere Dinge durchzusetzen. Deshalb ist die Politik auch gefordert, auf EU Ebene sich durchzusetzen und unsere Linie stärker einzubringen, als das vielleicht bisher der Fall war. Das gilt vor allem für zwei Punkte. Der eine Punkt ist die Investitions- und Nachfragepolitik. Das kann man heute fast nicht mehr in größerem Maße auf nationaler Ebene machen. Das kann fast nur noch die EU realisieren, große Infrastrukturprogramme und ähnliches. Wenn das die EU macht, dann sind die Effekte auf das Budget vergleichsweise gering. Wenn es ein Land macht, sind sie riesig und dann letztlich zum Scheitern verurteilt. Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Steuerharmonisierung. Wir können den Sozialstaat in Europa wirklich nur dann aufrecht erhalten, wenn es gelingt, sowohl die Körperschaftssteuer als auch die Zinsertragssteuer zumindest auf ein gewisses Minimum für Europa festzulegen. Wenn dieser Prozess des letzten Jahrzehnts einfach weitergeht, dieser Steuerwettbewerb, an dem sich nun auch die neuen Beitrittsländer beteiligen, dann sehe ich eigentlich keine Chance, wie wir den Sozialstaat in Europa aufrecht erhalten wollen. Ein letzter dritter Punkt, der uns damals in der Kreisky Kommission viel beschäftigt hat, die so genannten working poor in den USA. Leute, die zwar einen Arbeitsplatz haben, aber so wenig verdienen, dass sie davon nicht leben können. Unsere Position war damals im wesentlichen: Wir glauben schon, dass es möglich ist, die Arbeitslosenzahlen zu verringern, wenn man die Arbeitslosen hungern lässt. Denn diese Personen sind dann einfach gezwungen, auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten und etwas dazu zu verdienen. Aber unsere Argumentation in der Kreisky Kommission war, das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir wollen eine andere Strategie. Und wir glauben, es gibt eine andere Strategie, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder zu verringern.

Thurnher

Ich habe in einer Tageszeitung gelesen, es gibt eine Gesellschaft in Deutschland, die sich um aussterbende Wörter kümmert. Z.B. das Wort Hagestolz ist vom Aussterben bedroht. Ein zweites Beispiel, das genannt wurde, war Sozialstaat. Es dürfte die Gefahr bereits relativ groß sein. Ich glaube, wir könnten noch sehr lange diskutieren. Aber ich muss Sie um Ihre Schlusswörter bitten.

Seidel

Ich möchte einen praktischen Vorschlag machen. Österreich ist das Land der Sozialpartnerschaft. Warum nimmt sich der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen nicht dieses Themas an? Nach meinen Kenntnissen gibt es in beiden Kammern Ökonomen, die die rein neoklassische Sicht ablehnen... Sie plädieren dafür, das Verhältnis Mikropolitik zu Makropolitik neu zu überlegen. Dazu gehört nicht zuletzt die Klärung der Beziehungen zwischen den Vermögenmärkten, wie Aktienmärkten und Bodenmärkten, und dem Arbeitsmarkt.. Das ist ein Thema, das heute noch nicht angeschnitten wurde... Warum kann nicht der Beitrag für Wirtschafts- und Sozialfragen Sachverhalte klären und Ideen entwickeln, die dann von der jeweiligen Regierung aufgegriffen werden? Danke.

Kitzmantel

Ich habe eigentlich genau denselben Punkt, nämlich daß mir eine österreichische Gesamtstrategie wichtig scheint. Sie könnte dann in die österreichische Lissabon-Strategie integriert werden, sodaß Erfahrungen und Vorstellungen auch im EU-Rahmen diskutiert würden.

Walterskirchen

Was mich etwas optimistisch stimmt, ist, dass in Österreich dieses Thema Wachstum und Beschäftigung besonderen Stellenwert gewonnen hat. Es ist zwar richtig, der Beirat nimmt sich nicht dieses Themas an, aber das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat von den Sozialpartnern einen großen Auftrag bekommen. Es beschäftigen sich viele Leute gemeinsam mit Vertretern der Sozialpartner damit. Wir versuchen, im Lauf dieses Jahres Vorschläge auszuarbeiten, durch welche Wachstumsstrategien und Arbeitsmarktstrategien man Beschäftigung in Österreich steigern und die Arbeitslosigkeit verringern kann. Die Bedeutung des Beirates ist etwas gesunken, aber in anderer Form gibt es die Aktivitäten noch.

Streissler

Zu Prof. Seidel wollte ich noch sagen, ich bin seit vorgestern ständige Expertin im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Ich werde es weitertragen. Ich möchte aber trotzdem auch noch einmal kurz zusammenfassen. Ich glaube, dass wir uns im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von der Ideologie verabschieden müssen. Das Ausspielen der Angebotsseite gegen die Nachfrageseite, davon haben publicitysüchtige Ökonomen was, indem sie noch ein paar Bücher darüber verkaufen, aber die breite Masse hat da gar nichts davon. Es liegen eine Menge brauchbarer Rezepte am Tisch. Aber die dürfen nicht als einzelnes Flickwerk sondern in sehr guter Überlegung zueinander eingesetzt werden. Vor allem dürfen nicht die Modernisierungsgewinner gegen die Modernisierungsverlierer ausgespielt werden. Die Gewinne aus Globalisierung, aus Erweiterung, aus Binnenmarkt müssen auf alle verteilt werden. Solidarität und Verteilung müssen wesentliche Voraussetzungen für einen Qualitätsstandort Europa bleiben. Ich möchte auch noch einmal ganz kurz auf die Frage zurückkommen, wie wir mehr Selbstvertrauen gewinnen können. Es werden sehr gerne in der volkswirtschaftlichen Diskussion betriebswirtschaftliche Begriffe verwendet. Ich hätte da auch eine Idee. In großen Organisationen und auch in Betrieben wird derzeit sehr viel über Change Management nachgedacht. Es ist die Erkenntnis, dass man weiß, dass Änderungen der Unternehmensstruktur, Änderungen der Unternehmenskultur Ängste bei den Leuten verursachen. Das muss aktiv begleitet werden. Hier würde ich mir von der Politik und natürlich insbesondere von der Sozialdemokratie wünschen, dass sie in Zukunft und auch in der heutigen Zeit dieses gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs aktiver Moderator und Gestalter eines derartigen Change Managements ist.

Lipponen

Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich für diese Gelegenheit, hier auftreten zu können. Das wichtigste ist, dass wir alle sehr intensiv mit Beschäftigungsfragen arbeiten. Das machen wir in Finnland, in den nordischen Ländern. Es gibt natürlich viele verschiedene Situationen, Österreich, Finnland, politisch auch. Aber wir brauchen diese europäische Debatte. Heute Abend war es sehr interessant. Vielleicht könnte das Bruno Kreisky Forum diese europäische Debatte organisieren, weil wir diese gemeinsamen Nenner finden müssen. In diesem Jahr sind Österreich und Finnland Vorsitzländer der Europäischen Union. Und erstmals haben wir ein gemeinsames Programm erarbeitet für unsere Präsidentschaft. Es ist unsere Aufgabe als ein mittelgroßes und kleines Land, einen Beitrag zu machen und die Zusammenarbeit in Europa besser zu organisieren. Es gibt natürlich ideologische Gegenstände, besonders auf der nationalen Ebene. Aber auf der europäischen Ebene brauchen wir bessere Zusammenarbeit zwischen den politischen Gruppen, zwischen den Institutionen und wirklich konkrete Maßnahmen und Beschlüsse, die Vertrauen in Europa aufbauen. Dann kann Europa weitergehen mit diesen großen Aufgaben wie Erweiterung. Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich.

Thurnher

Vielen Dank den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Podium. Es war wirklich sehr interessant und anregend. Ich habe mir nur ein Zitat herausgeschrieben, von dem ich mir gedacht habe, das ist so allgemein, das passt am Schluss sicher. Wenn Sie den Staat in dem Zitat durch die EU ersetzen, dann passt es möglicherweise noch mehr. Das Zitat lautet: „Die gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates ist zentraler Auftrag der Politik. Ein Staat, der nicht durch Gerechtigkeit definiert wäre, wäre nur eine große Räuberbande.“ Das Zitat stammt nicht von Bruno Kreisky. Es stammt von Josef Ratzinger. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.